

Manuskript

Beitrag: Machtkampf um soziale Netzwerke – Un-Social

Sendung vom 4. Mai 2021

von Nemi El-Hassan und Richard Gutjahr

Anmoderation:

Etwa dreieinhalb Stunden verbringt – statistisch gesehen – jede und jeder von uns täglich im Netz. Da könnte man auch sagen: Selber schuld! Wir geben den gar nicht so sozialen Medien unsere Daten preis. Wir lassen sie rein in unsere Smartphones und in unser Leben. Wir tun das, obwohl sich das Versprechen des World Wide Web nicht erfüllt hat: die Menschen zusammen zu führen. Im Gegenteil. Vor Kurzem mussten die Chefs von Facebook, Twitter und Google vor dem US-Kongress antreten. Das Thema: Wie die Plattformen Extremismus und Fehlinformation fördern - und wie man das verhindern könnte. Die gleichen Fragen stellen sich auch hier. Nemi El-Hassan und Richard Gutjahr über die Supermacht der Digitalkonzerne und die Versuche der EU, sie zu regulieren. Vergebliche Versuche?

Text:

Smartphone, Social Media, immer online - nur ein Klick entfernt von der nächsten Story, dem nächsten Post, dem nächsten Meme.

Unendliche Möglichkeiten uns zu entfalten - und trotzdem scheint es, als würde uns das Netz nicht immer nur guttun.

O-Ton Nemi El-Hassan:

Was ist in den letzten Jahren mit uns geschehen, und welche Rolle spielen die sozialen Medien bei all dem?

O-Ton Richard Gutjahr:

Hier: Meine durchschnittliche Bildschirmzeit pro Tag beträgt über acht Stunden. Schlafen tue ich nur sechs Stunden.

Aber es geht nicht nur um unsere Zeit und unsere Daten: Auf Social Media scheint es kein Korrektiv zu geben.

O-Ton Nemi El-Hassan:

Der Hass aus dem Netz entlädt sich immer häufiger auf der Straße.

So wie in Washington oder Berlin.

O-Ton Nemi El-Hassan:

Was können wir selbst tun, um uns zu schützen? Und wo beginnt die politische Verantwortung?

Wir sind verabredet mit jemandem, der sich bestens mit Social Media auskennt. Nir Eyal ist Tech-Insider und Autor des Bestsellers "Hooked". Er weiß, wie man Apps so programmiert, dass sie uns möglichst lange fesseln.

O-Ton Nir Eyal, Autor und Dozent:

Was verhaltensformende Produkte tun, ist, dass sie anfangs nette Extras sind, Vitamine. Aber nach einer gewissen Zeit werden sie zu Gewohnheiten, zu Schmerzmitteln - zu etwas, das bedeutend ist für unser Alltagsleben.

Trotzdem sind für Nir Eyal nicht etwa die Konzerne verantwortlich, sondern die Nutzer selbst.

O-Ton Nir Eyal, Autor und Dozent:

Die externen Trigger sind Signaltöne Ihres Telefons - also alles, was sie in Ihrer Umwelt zu einer Handlung anregt. Nur in zehn Prozent der Fälle sind externe Trigger der Grund dafür, dass wir zu unseren Handys greifen. Der wahre Grund, warum wir unsere Geräte überprüfen, der Grund, warum wir alles im Leben tun, sind die sogenannten inneren Trigger. Unser Unbehagen steuert unsere Ablenkung. Ich kenne alle ihre Tricks. Sie sind gut, aber so gut nun auch wieder nicht. Wir sind viel mächtiger als sie.

Jeder Deutsche verbringt täglich rund 3,5 Stunden im Netz, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind es etwa 6,5 Stunden. Während der Pandemie sind die Zahlen noch weiter angestiegen.

Offenbar schaffen es Google, Facebook und Co., dass wir möglichst lang online bleiben.

Und die Algorithmen der Konzerne sammeln Daten über uns. So bestimmen mathematische Formeln unsere Online-Realität. Dass das problematisch ist, sagt selbst der Twitter-

Chef.

O-Ton Jack Dorsey, CEO Twitter, am 28.10.2020:

Ein großer Teil der Inhalte, die Menschen heute sehen, wird von Algorithmen bestimmt, ohne, dass man genau weiß, wie sie auswählen, was sie zeigen.

O-Ton Nemi El-Hassan:

Der Algorithmus scheint unser Innerstes zu kennen, während wir so gut wie nichts wissen - nichts darüber, welche Daten die Digitalunternehmen über uns sammeln, was mit ihnen geschieht, und welche Konsequenzen das für uns alle haben kann.

O-Ton Markus Bechedahl, Netzaktivist und Journalist:

Das Geschäftsmodell von Facebook und Co. besteht darin, möglichst viel uns zur Interaktion anzuregen, mit dem Ziel letztendlich, uns passende Werbeplätze anbieten zu können. Damit verdient man sein Geld.

Markus Bechedahl ist Netzaktivist und Journalist. Wie Algorithmen prägen, was wir zu sehen bekommen, hält er für problematisch.

O-Ton Markus Bechedahl, Netzaktivist und Journalist:

Algorithmische Entscheidungssysteme greifen ja auf bestehende Datensätze zurück. Wenn ein algorithmisches Entscheidungssystem halt sehr viele Wut-Postings sozusagen als Basis hat und feststellt - oh, das sind Beiträge, die haben offensichtlich sehr viele Menschen zu einer Interaktion angeregt - dann kommt so ein Algorithmus möglicherweise, und sehr wahrscheinlich auch, zu dem Entschluss: Das interessiert viele andere auch.

Die Plattformen belohnen Hetze mit mehr Sichtbarkeit und werden damit zu Gehilfen des Hasses. Die Grünen-Politikerin Renate Künast hat das erlebt:

O-Ton Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen, MdB:

Ich hab angefangen, mich mit Rechtsextremismus zu beschäftigen, wie er sich entwickelt, vor Jahrzehnten. Und ich sehe deshalb auch systematisch, dass es gar nicht um mich geht. Es geht nicht um mich, es geht nicht um Sie, es geht darum, dass die systematisch das Land zersetzen wollen.

Tatsächlich folgen auf Hassphantasien im Netz immer öfter auch Gewalttaten im echten Leben. Nach jahrelanger Hetze bei Facebook und Twitter wurde Walter Lübcke ermordet. Ein

Rechtsextremer erschoss ihn aus nächster Nähe.

**O-Ton Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen, MdB:
Die größte Gefahr ist, dass die Plattformen einen Raum bieten, wo sich systematische Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten organisieren lässt. Das ist eine Gefahr für die Demokratie, das müssen wir umdrehen.**

Wie kann es sein, dass Facebook oder YouTube solche Hasskampagnen im Netz nicht unterbinden, dass sie jegliche Verantwortung von sich weisen - und damit auch noch durchkommen?

Wir fahren nach Brüssel. Im EU-Parlament wird derzeit der "Digital Services Act" verhandelt. Das Gesetz soll die Tech-Konzerne dazu verpflichten, Hass und Hetze einzudämmen. Für die Unternehmen geht es dabei vor allem ums gute Image.

Was die Konzerne am liebsten verhindern wollen, ist ein zweites Gesetz aus Brüssel, den "Digital Markets Act". Die EU will verbieten, dass Google und Co. ihre eigenen Produkte im Netz bevorzugen. Mehr Transparenz bei der Werbung soll zur Pflicht werden und Nutzer sollen vorinstallierte Software von ihren Geräten entfernen dürfen. All das würde die Unternehmen Milliarden kosten.

Wir treffen Felix Duffy. Er arbeitet für LobbyControl und beobachtet die Social-Media-Konzerne seit Jahren. Er zeigt uns deren Büros.

**O-Ton Felix Duffy, Campaigner bei LobbyControl:
Ah, hier ist das Apple-Büro.**

**O-Ton Nemi El-Hassan:
Ja? Okay.**

**O-Ton Felix Duffy, Campaigner bei LobbyControl:
Hier stehen wir vor dem Lobbybüro von Microsoft.**

Amazon und Facebook, alle unweit des EU-Parlaments gelegen - von außen unscheinbar, von innen mächtig und einflussreich.

**O-Ton Nemi El-Hassan:
Okay, und das ist jetzt die Google-Vertretung?**

O-Ton Felix Duffy, Campaigner bei LobbyControl: Genau.

O-Ton Nemi El-Hassan:

Welches der Digitalunternehmen gibt denn am meisten Geld aus, hier, für Lobbyarbeit?

O-Ton Felix Duffy, Campaigner bei LobbyConrol:

Google ist von allen Unternehmen das Unternehmen mit knapp sechs Millionen, was am meisten für Lobbyarbeit ausgibt. Und unter den fünf Unternehmen mit den höchsten Lobbyausgaben sind mit Google, Microsoft und Facebook drei Digitalkonzerne. Und das zeigt einfach, dass diese Branche ja gerade sehr viel in Lobbyarbeit steckt.

Etwa die Hälfte aller Google-Lobbyisten in Brüssel war zuvor im EU-Parlament tätig. Auch Facebook weiß Politiker zu schätzen:

Aura Salla - bevor sie vor gut einem Jahr zu Facebook ging, arbeitete sie für den Vize-Präsidenten der EU-Kommission.

Julia Reuss - sie wurde direkt aus dem Bundeskanzleramt rekrutiert. Dort war sie bis vor Kurzem die rechte Hand der Digitalministerin Dorothee Bär.

Ein weiteres, besonders prominentes Beispiel:

Nick Clegg - einst Parteichef der Liberals und unter David Cameron Vize-Premier von Großbritannien, jetzt Facebooks Chef-Lobbyist in Brüssel.

O-Ton Alexandra Geese, Bündnis 90/Die Grünen, MdEP:

Und diese Menschen werden auch ganz klar eingesetzt. Also, ich war wenige Monate hier Abgeordnete und ich hatte schon eine Einladung zum Abendessen von Nick Clegg, die ich nicht angenommen habe. Aber ich weiß nicht, wie das die Kolleginnen und Kollegen handhaben.

O-Ton Tiemo Wölken, SPD, MdEP:

Die Tech-Unternehmen schreiben nicht ihre eigenen Gesetze, aber es ist wichtig darauf zu achten, dass der Einfluss nicht größer wird und dass wir insbesondere mit Transparenz reagieren.

Wie Google versucht, härtere Auflagen zu torpedieren, zeigt dieses interne Dokument: Der Konzern hat eine 60-Tage-Strategie entworfen, um den EU-Kommissar Thierry Breton „zurückzudrängen“. Breton hatte zuvor wiederholt mit der Zerschlagung des Netz-Giganten gedroht.

O-Ton Richard Gutjahr:

Es ist extrem selten mal zu sehen, schwarz auf weiß, wie Lobbyismus eigentlich abläuft.

2018 musste Facebook-Chef Mark Zuckerberg vor dem EU-Parlament Fragen beantworten. Damals brachte das wenig Neues.

Bei einer Anhörung vor dem US-Kongress räumte Zuckerberg ein, dass Facebook stärker reguliert werden müsste - so, wie es die europäische Politik gerade versucht:

O-Ton Lindsey Graham, Senator der Vereinigten Staaten: Glauben Sie, dass die Europäer es richtig gemacht haben?

O-Ton Mark Zuckerberg, CEO Facebook: Ich denke, dass sie die Dinge richtig machen.

O-Ton Lindsey Graham, Senator der Vereinigten Staaten: Das stimmt.

Anfang April macht Facebook erneut Schlagzeilen. Unbekanntes ist es gelungen, persönliche Daten von mehr als 500 Millionen Facebook-Nutzern abzugreifen. In Brüssel werden die Gesetze zwar gemacht, die unsere Daten schützen sollen - aber, dass diese am Ende auch eingehalten werden, dafür muss Irland sorgen.

Ich mache mich auf den Weg nach Dublin. Im alten Hafen haben sich die großen Tech-Unternehmen angesiedelt. Die Gegend nennt man jetzt "Silicon Docks".

Und das ist die irische Datenschutzbehörde, die die Multimilliarden-Konzerne aus dem Silicon Valley in die Schranken weisen soll.

O-Ton Richard Gutjahr: So, wir sind jetzt eine gute Autostunde von Dublin entfernt, mitten hinein in das irische Heartland gefahren. Was ich mich frage, ist, wie kann man ausgerechnet eine der wichtigsten EU-Behörden hierhin versetzen?

Portarlinton - rund 8.000 Einwohner, ein paar Ladengeschäfte und offizieller Sitz der irischen Datenschutzbehörde: bis vor Kurzem die einzige Anlaufstelle für Datenschutzbeschwerden von rund 450 Millionen EU-Bürgern. Mittlerweile leistet sich die Behörde auch eine Zweigstelle in Dublin.

Helen Dixon leitet die Behörde, die die Tech-Konzerne zur

Verantwortung ziehen soll, wenn die gegen Recht und Gesetz verstoßen.

O-Ton Richard Gutjahr:

In den vergangenen Jahren, ja Jahrzehnten, gab es viele Rechtsbrüche und Skandale. Wie gehen Sie damit um? Haben Sie jemals Geldstrafen verhängt?

O-Ton Helen Dixon, Leiterin Irische Datenschutzbehörde (DPC):

Wir haben Geldstrafen verhängt, insbesondere Ende letzten Jahres gegen Twitter. Die Geldstrafe belief sich auf 450.000. Und natürlich muss man das in einen Kontext setzen. Bei Geldstrafen im Sinne der europäischen Datenschutz-Grundverordnung geht es darum, abzuschrecken. Aber es muss auch angemessen und effektiv sein.

O-Ton Richard Gutjahr:

450.000 Euro? Das ist ja nichts, das sind Peanuts für ein NASDAQ-gelistetes-Multimilliarden-Unternehmen!

O-Ton Helen Dixon, Leiterin Irische Datenschutzbehörde (DPC):

Sie können das nicht als Peanuts für dies oder jenes Unternehmen sehen. Entscheidend ist, ob die Geldstrafe im Bezug zum Vorwurf angemessen ist - und gegenüber den tatsächlichen Regelverstößen.

Mich überzeugt das nicht. Und viele andere offenbar auch nicht - zum Beispiel Gerard Rudden. Der Anwalt aus Dublin vertritt Menschen, die von Facebook, Google und Co. wissen wollen, welche Daten die Konzerne über sie gesammelt haben. Regelmäßig muss Rudden gegen die irische Datenschutzbehörde DPC klagen, damit die überhaupt handelt.

O-Ton Gerard Rudden, Anwalt für Datenschutz:

Sie meinten, sie müssten einer Beschwerde nicht nachgehen. Zum Schluss sind wir vor Gericht gegangen. Und das Gericht entschied, dass sie dazu verpflichtet sind, dieser Beschwerde nachzugehen. Letztlich ging der Fall vom High Court in Dublin zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die DPC dazu verpflichtet ist, Beschwerden zu verfolgen.

O-Ton Richard Gutjahr:

Was sagt es Ihnen, dass Facebook die Anfragen von EU-Bürgern oder EU-Behörden ignorieren kann?

O-Ton Gerard Rudden, Anwalt für Datenschutz:

Es zeigt, dass sie extrem mächtig geworden sind. Wenn es keine Strafverfolgung und keine Konsequenzen gibt, wenn man das Gesetz bricht, sich nicht daran hält, dann nehme ich an, dass sie denken, sie stünden über dem Gesetz.

Konzerne, die mit unseren Daten Milliarden verdienen, aber denen unsere Rechte ziemlich egal sind - eine Datenschutzbehörde, die dabei zuschaut.

Und viele Politiker, die nahtlos die Seiten wechseln - vom Parlament ins Lobbybüro. Der Versuch, die Macht der Tech-Konzerne zu begrenzen, ist bisher gescheitert.

Abmoderation:

Noch einmal möchte ich Ihnen die ZDFmediathek empfehlen. Genauer: die Dokumentation „(Un)social“ über Hass im Netz und Datenklau.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.